

Wagner, Christian

Research Report

Die Schlacht um Nord-Waziristan: Ein Wendepunkt in Pakistans Anti-Terror-Politik?

SWP-Aktuell, No. 49/2014

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Wagner, Christian (2014) : Die Schlacht um Nord-Waziristan: Ein Wendepunkt in Pakistans Anti-Terror-Politik?, SWP-Aktuell, No. 49/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255219>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Schlacht um Nord-Waziristan

Ein Wendepunkt in Pakistans Anti-Terror-Politik?

Christian Wagner

Am 15. Juni 2014 haben Pakistans Streitkräfte eine großangelegte Militäroffensive in Nord-Waziristan eröffnet. Damit reagierte die Führung des Landes auf einen Terrorangriff gegen den Flughafen in Karachi, zu dem sich die Organisation Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP) bekannt hatte. Nach offiziellen Aussagen richtet sich die Operation gegen sämtliche militanten Gruppen in der Region. Damit rückt Pakistan erstmals von seiner bisherigen Politik ab, zwischen »guten« afghanischen und »schlechten« pakistanischen Taliban zu unterscheiden. Offen ist, ob diese Neuausrichtung der pakistanischen Afghanistan-Politik auch zu einer Wende in der Anti-Terror-Politik führen wird. Dazu wäre zweierlei nötig: Erstens müsste Pakistan auch gegen die Netzwerke militanter Gruppen sunnitischer und kaschmirischer Herkunft vorgehen. Zweitens bedürfte es einer Lösung für die künftige politische Struktur von Pakistans Stammesgebieten (Federally Administered Tribal Areas, FATA), zu denen Nord-Waziristan gehört. Nur so ließe sich verhindern, dass militante Gruppe staatsfreie Rückzugsräume auf pakistanischem Gebiet finden.

Lange Zeit unterstützten Teile von Pakistans Sicherheitskräften die afghanischen Taliban. Diese Politik basierte auf dem Anfang der 1990er Jahre entwickelten Konzept der »strategischen Tiefe«. Die pakistanische Armeeführung zielte damit auf einen möglichst großen Einfluss in Afghanistan, um besser für künftige Konflikte mit Indien gerüstet zu sein. Pakistan unterstützte die Taliban im afghanischen Bürgerkrieg und war einer der wenigen Staaten, die 1996 das Taliban-Regime in Kabul anerkannten.

Nach der westlichen Intervention in Afghanistan 2001 flüchteten Taliban und Al-Qaida-Kader in die weitgehend selbst-

verwalteten Gebiete der FATA in Pakistan. Dort entstanden neue Taliban-Gruppen, die sich 2007 zur TTP zusammenschlossen. Diese kämpft für die Schaffung eines Taliban-Staates in Pakistan.

In der afghanisch-pakistanischen Grenzregion entlang der Durand-Linie tobt seit Jahren ein ungleicher Krieg. Die afghanische Armee sowie die Truppen von Nato und International Security Assistance Force (ISAF) bekämpfen alle militanten Gruppen, die ihre Rückzugsgebiete zum Teil in den FATA haben. Die pakistanische Armee dagegen zielte bislang vor allem auf die TTP, während sie afghanische Taliban-Gruppen

wie das Haqqani-Netzwerk und die Quetta Shura von Mullah Omar oder Kriegsfürsten wie Gulbuddin Hekmatyar duldeten oder unterstützten. Allerdings verfügen die verschiedenen militanten Gruppen in den FATA, zu denen neben den afghanischen und pakistanischen Taliban-Gruppen auch verbliebene Al-Qaida-Kader, die Islamische Bewegung Usbekistan (IBU) und Gruppen wie die uigurische East Turkmenistan Islamic Movement (ETIM) zählen, über gemeinsame logistische Netzwerke.

Neuer Konsens zwischen Parteien und Armee

Die Militäroperation in Nord-Waziristan signalisiert eine Reihe von Veränderungen in der Haltung von Pakistans Parteien und seiner Armeeführung. Jahrelang wurde die Auseinandersetzung mit militanten Gruppen wie der TTP durch die innerpakistanische Diskussion blockiert, ob der Anti-Terror-Kampf im eigenen Interesse sei oder nur dem Westen diene. Zudem kamen die Verhandlungen mit der TTP, um die sich Premierminister Nawaz Sharif seit Januar 2014 bemühte, kaum in Gang, da die Gruppe ihre Anschläge fortsetzte.

Durch die Welle der Gewalt hat sich ein breiter, parteiübergreifender Konsens für das militärische Vorgehen entwickelt. Auch die vom früheren Cricket-Star Imran Khan geführte Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI), die die Landesregierung in der nord-westlichen Provinz Khyber Pakhtunkhwa stellt und sich wiederholt für eine Verständigung mit der TTP aussprach, unterstützt die Linie von Regierung und Armee. Einzig religiöse Parteien wie die Jamaat-i-Islami (JI) lehnen die Militäroperation ab. Allerdings haben über 100 Führer verschiedener religiöser Schulen eine Fatwa verabschiedet, die das Vorgehen der Streitkräfte ebenfalls billigt.

Auch innerhalb des Militärs hat es einen Prozess des Umdenkens gegeben. Pakistan hatte nach eigenen Angaben schon bis zu 50 000 Tote im Anti-Terror-Kampf zu beklagen. Vor allem die Armee musste in der

über zehnjährigen Konfrontation mit militanten Gruppen in den FATA einen beträchtlichen Blutzoll erbringen. Pakistans Streitkräfte haben in dieser Zeit mehr Soldaten verloren als in den Kriegen mit Indien. Die neue Armeeführung unter General Raheel Sharif, der Ende 2013 General Ashfaq Parvez Kayani als Chief of Army Staff ablöste, lehnt Verhandlungen mit der TTP ab, da schon frühere Vereinbarungen mit militanten Gruppen keinen Erfolg brachten.

Damit gibt es in Pakistan erstmals eine Allianz zwischen den großen Parteien, der Armee und Teilen der religiösen Führer, die sich klar gegen die Taliban und ihre Ideologie ausspricht. Wie eine Umfrage von Juli 2014 zeigt, werden die extremistischen Positionen der Taliban auch von der breiten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt.

Kooperation mit den Stämmen

Pakistans Armee konnte in den letzten Jahren eine Reihe von Erfolgen beim Anti-Terror-Kampf in den verschiedenen Stammesregionen (Agencies) der FATA erzielen. Möglich wurde dies unter anderem durch eine Zusammenarbeit mit regierungstreuen Stämmen, die im Gegenzug finanzielle oder wirtschaftliche Hilfe etwa durch kleinere Infrastrukturprojekte erhielten. Die loyalen Stämme rekrutierten teilweise ihre eigenen Milizen (Lashkar) gegen militante Gruppen, unterstützten die Streitkräfte oder verhielten sich zumindest neutral. Nach langen Verhandlungen konnte die Armee auch in Nord-Waziristan mehrere Stammesführer für sich gewinnen; zugleich hat sie »Stillhalte-Abkommen« mit Führern militanter Gruppen geschlossen, die nicht zur TTP gerechnet werden.

Konkurrenz innerhalb der TTP

In den FATA agieren eine Reihe militanter Gruppen, die selbst immer wieder in interne Auseinandersetzungen verwickelt sind. Dabei ist TTP nur eine Dachorganisation, in der bei ihrer Gründung 2007 nicht weniger als 27 militante Gruppen zusammenfanden.

Innerhalb der TTP tobt seit einigen Monaten ein Machtkampf zwischen Mullah Fazlullah, dem gegenwärtigen Führer der Organisation, und Khan Said alias Sajna. Den Hintergrund dafür bilden unter anderem ein Konflikt über die Führung der TTP in Süd-Waziristan und ein Streit über die Friedensgespräche mit der Regierung. Dies führte im Mai 2014 zu gewaltsamen Kämpfen zwischen beiden Fraktionen. Mullah Fazlullah wollte die Gespräche fortsetzen, Sajna war dagegen und verließ die TTP Ende des Monats.

Koordination mit Afghanistan

Pakistans Militäroperation begann mit Luftangriffen gegen Stellungen der TTP, nachdem die Zivilbevölkerung in großem Umfang aus den betroffenen Gebieten evakuiert worden war. Zugleich forderte die pakistanische Führung Afghanistan auf, seine Grenze zu sichern, um eine Flucht von Kämpfern ins Nachbarland zu verhindern. Mehrfach trafen sich hochrangige Politiker und Militärs beider Länder, was nahelegt, dass es erstmals zu einer engeren Kooperation der Sicherheitskräfte Pakistans und Afghanistans im Kampf gegen die TTP gekommen ist.

Für die neue Afghanistan-Politik von Nawaz Sharif stehen die Schlagworte »no proxies, no interference, no favorites« (keine Stellvertreter, keine Einmischung, keine Günstlinge). Damit gesteht die Regierung indirekt ein, dass das Konzept der strategischen Tiefe gescheitert ist bzw. sich gegen Pakistan gewendet hat. So liegen die Rückzugsgebiete der TTP längst in den afghanischen Grenzprovinzen Kunar und Nuristan, wo sich auch ihr Führer Mullah Fazlullah aufhalten soll.

Die Regierungen Pakistans und Afghanistans eint vermutlich die Furcht vor staatsfreien Räumen auf beiden Seiten der Durand-Linie, vor allem seit Abzug der ISAF-Truppen. Da Afghanistan die Demarkationslinie bislang nicht offiziell als Grenze anerkennt, stehen den rund 800 pakistanischen Grenzposten nur etwa 100

afghanische gegenüber. Im Juni 2014 verständigten sich beide Staaten erstmals darauf, eine gemeinsame Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen einzurichten, was die Annäherung auf diesem Feld unterstreicht.

Die Militäroperation in Nord-Waziristan ist denn auch ein klares Signal an andere Staaten – nicht nur an Afghanistan, wo Pakistan verlorenes Vertrauen zurückgewinnen will, sondern auch an China, den wichtigsten internationalen Verbündeten des Landes, und an die USA, die schon seit Jahren ein solches Vorgehen gefordert hatten. Seit Beginn der Militäroperation gab es mehrere amerikanische Drohnen-Angriffe in Nord-Waziristan. Im Januar 2014 hatten die USA solche Luftschläge auf Bitten der pakistanischen Regierung vorübergehend eingestellt, um deren Friedensgespräche mit der TTP nicht zu gefährden. Anders als bei früheren Drohnen-Einsätzen folgten diesmal nur wenige Proteste in Pakistan. Auch dies unterstreicht das neue gemeinsame Interesse Pakistans, Afghanistans und der USA im Kampf gegen die TTP.

Die Zukunft des Anti-Terror-Kampfes

Nach offiziellen Angaben sind seit Beginn der Offensive über 400 Taliban, darunter viele ausländische Kämpfer, getötet worden. Rund 800 000 Menschen sollen das Kampfgebiet in Nord-Waziristan verlassen haben. Offiziellen Verlautbarungen zufolge richtet sich die Militäroperation gegen alle militanten Gruppen der Region, so dass davon direkt oder indirekt auch die afghanischen Taliban-Gruppen und ihre Infrastruktur betroffen sind. Pakistanische Experten befürchten, dass zahlreiche TTP-Kämpfer schon im Vorfeld der Offensive nach Afghanistan, in die unzugänglichen Gebirgsgebieten der FATA oder in Großstädte wie Karachi geflüchtet sind. Damit besteht die Gefahr, dass die TTP und ihr nahestehende Gruppen den Kampf in Pakistans urbane Zentren verlagern könnten.

Die Operation gegen die TTP signalisiert einen Kurswechsel der pakistanischen

Afghanistan-Politik. Sie könnte auch zum Wendepunkt im Umgang mit anderen militanten Gruppen werden. Pakistans Sicherheitskräfte müssten dann im nächsten Schritt auch gegen militante sunnitische Gruppen wie Lashkar-e-Jhangvi vorgehen. Diese hat ihre Hochburgen im südlichen Punjab, pflegt Verbindungen zur TTP und wird für eine Reihe von Anschlägen gegen die schiitische Minderheit des Landes verantwortlich gemacht.

Die größte Herausforderung besteht im Umgang mit Lashkar-e-Toiba (LeT), die Anfang der 1990er Jahre mit Unterstützung der pakistanischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen Indien gegründet wurde. Ihr werden eine Reihe von Terroranschlägen in Kaschmir, Afghanistan und Indien zugeschrieben, darunter die Anschlagsserie von Mumbai 2008 und das Attentat auf das indische Konsulat in Herat im Mai 2014. Seit sie in Pakistan verboten wurde, firmiert die Gruppe als Jamaat-ud-Dawa (JuD); ihr Führer Hafiz Saeed tritt weiterhin öffentlich auf. Die LeT/JuD hat ihr Hauptquartier in der Provinz Punjab, die von Shahbaz Sharif, dem Bruder des pakistanischen Premierministers, regiert wird.

Eine politische Lösung für FATA

Die militärische Kampagne mag kurzfristige Erfolge bringen. Sie ist jedoch kein Ersatz für eine politische Lösung des Konflikts in den Stammesgebieten, will man Gruppen wie TTP dauerhaft die Basis entziehen. Wie die Erfahrungen aus anderen Stammesregionen in den letzten Jahren zeigen, können militärische Erfolge allein nicht verhindern, dass sich einzelne militante Gruppen immer wieder neu organisieren.

Für eine künftige Struktur der FATA gibt es bislang vier verschiedene Vorschläge. Die erste Variante sieht vor, das Gebiet mit der angrenzenden Provinz Khyber Pakhtunkhwa zu vereinen. Schon heute nutzt die Stammesbevölkerung die Infrastruktur der Provinz, da es in den FATA trotz aller Hilfgelder an sozialen Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitsstationen mangelt.

Die zweite Option sieht vor, FATA zu einer eigenständigen Provinz innerhalb des pakistanischen Staates zu machen. Der dritte Vorschlag zielt auf eine Wiederherstellung der alten traditionellen Stammesstrukturen. Dies würde bedeuten, dass die Region trotz einiger Reformen weiterhin außerhalb der pakistanischen Verfassung stünde und die traditionellen Stammesführer ihre frühere Vormachtstellung zurückerhielten. Jüngste Überlegungen wiederum sind darauf gerichtet – vierte Möglichkeit –, der FATA zunächst einen Übergangstatus wie Gilgit-Baltistan, dem von Pakistan kontrollierten Teil Kaschmirs, zu gewähren. Damit würde die Region weiter von Islamabad aus verwaltet, doch gäbe es etwa eine gewählte Legislativ-Versammlung mit diversen Autonomierechten.

Die deutsche und europäische Politik leistet seit vielen Jahren einen entwicklungspolitischen Beitrag zur sozio-ökonomischen Entwicklung der FATA. Deren künftige politische Struktur muss die staatlichen Institutionen stärken, damit sich staatsfreie Räume wie in der Vergangenheit dauerhaft verhindern lassen. Langfristig muss es im Interesse Pakistans, seiner Nachbarn und des Westens liegen, die jahrzehntealten Netzwerke militanter Gruppen unterschiedlichster Couleur zu zerschlagen und ihre außenpolitische Instrumentalisierung zu beenden. Sollte dies gelingen, würde die pakistanische Regierung einen nachhaltigen Beitrag zur Stabilisierung im eigenen Land, in Afghanistan und in der Region erbringen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364